

## Beschluss

Für Frieden in der Ukraine: Putins Angriffskrieg entgegentreten

Gremium: Länderrat

Beschlussdatum: 30.04.2022

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Für Frieden in der Ukraine: Putins Angriffskrieg entgegentreten

### Antragstext

- 1 Wir verurteilen den Angriff der russischen Armee auf die Ukraine auf das
- 2 Schärfste. Er bringt großes Leid, tragische Verluste und millionenfache Flucht
- 3 für die Ukrainer\*innen und alle, die dort leben. Wir stehen zutiefst
- 4 erschüttert, fest und solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine.
- 5 Putin und seine Armee dürfen diesen Krieg nicht gewinnen, der bereits 2014
- 6 seinen Anfang nahm und in den vergangenen Jahren bereits mehr als 13.000
- 7 ukrainische Todesopfer forderte.
  
- 8 Der Angriff der Atommacht Russland auf die souveräne, demokratische und
- 9 friedliche Ukraine hat Auswirkungen weit über die Ukraine hinaus. Er bedeutet
- 10 einen eklatanten Bruch des internationalen und humanitären Völkerrechts, ist ein
- 11 Angriff auf Frieden, Demokratie und Freiheit in Europa und ein Versuch, die seit
- 12 Jahrzehnten bestehende Friedensordnung Europas dauerhaft zu zerstören. Putin
- 13 versucht, das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte
- 14 Souveränitätsprinzip durch das Recht des Stärkeren zu ersetzen und uns in die
- 15 Logik des Imperialismus und Kolonialismus sowie eine neue Blockkonfrontation zu
- 16 treiben. Diesem Ansinnen der Unfreiheit und Spaltung stellen wir uns mit aller
- 17 Kraft entgegen.
  
- 18 Der russische Angriffskrieg hat dramatische Auswirkungen nicht nur in Europa.
- 19 Die Versorgung mit Lebensmitteln, Düngemitteln, Rohstoffen und fossilen
- 20 Energieträgern ist in weiten Teilen der Welt durch Putins Krieg gefährdet. Es
- 21 wird immer deutlicher, dass Putin Hunger als Waffe nutzen will. Während die
- 22 Ernährungssicherheit in Europa gewährleistet ist, wird die Situation in vielen
- 23 Ländern im globalen Süden erheblich verschärft: Zusätzlich zu den bestehenden
- 24 Herausforderungen insbesondere im Zuge von Dürren und Überschwemmungen als
- 25 Auswirkungen der Klimakrise kommen nun rasante und zum Teil auch spekulative
- 26 Anstiege der Getreidepreise sowie der Ausfall von Getreideexporten aus der
- 27 Ukraine und Russland hinzu. Es drohen deshalb weitere Hungerkatastrophen.
  
- 28 Als Regierungspartei übernehmen wir Verantwortung und stehen in konsequenter
- 29 Solidarität mit der Ukraine. Wir warnen den Kreml vor dem Einsatz jeglicher
- 30 Massenvernichtungswaffen und treten mit aller Entschlossenheit der Aggression
- 31 des russischen Regimes entgegen: durch Hilfe, Aufnahme von schutzbedürftigen
- 32 Menschen und Diplomatie, aber auch durch schnelle und konsequente Sanktionen,
- 33 Unterstützung mit wirksamen, auch schweren und komplexen Waffen und das Annehmen
- 34 einer aktiven, verantwortlichen Rolle innerhalb der EU-Staaten, der NATO und der

35 Weltgemeinschaft. Es geht darum, die Folgen des Krieges einzudämmen und unseren  
36 Teil dazu beizutragen, diesen zu beenden.

37 Wir müssen – auch angesichts der besonderen deutschen Verantwortung gegenüber  
38 der Ukraine und den weiteren Nachfolgestaaten der Sowjetunion – unser  
39 Möglichstes tun, um den Krieg in der Ukraine und die massiven  
40 Menschenrechtsverletzungen zu beenden und müssen gleichzeitig verhindern, dass  
41 Russland den Krieg auf weitere Staaten ausdehnt. Wir wissen, dass die Menschen  
42 in der Ukraine derzeit auch Opfer eines Angriffs von Despotie auf die Freiheit  
43 sind und deshalb gerade mit großem Mut auch für unsere Freiheit und für das  
44 Völkerrecht kämpfen. Daher ist die Unterstützung der Ukraine auch eine  
45 friedenspolitische Verpflichtung.

46 Gleichzeitig stehen wir solidarisch an der Seite der mutigen Menschen in  
47 Russland, die ihre Stimme gegen diesen unmenschlichen Krieg erheben, obwohl sie  
48 wissen, dass ihnen dafür Haft, Folter oder Schlimmeres droht.

49 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- 50 • unterstützen die massiven, gegen den russischen Machtapparat verhängten  
51 politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionsmaßnahmen. Deren  
52 Wirksamkeit müssen wir kontinuierlich überprüfen und Schlupflöcher  
53 schließen. Zusammen mit unseren internationalen Partnern werden wir auch  
54 die Ausweitung dieser Sanktionen konsequent vorantreiben;
- 55 • wollen, dass die durch die Bundesregierung bereits begonnene Reduzierung  
56 unserer Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland weiter fortgeführt  
57 und dass diese Abhängigkeit schnellstmöglich beendet wird. Wir begrüßen,  
58 dass wir bei Öl und Kohle bereits kurz davor stehen, diese Unabhängigkeit  
59 herzustellen. Bei Gas ist eine weitgehende Unabhängigkeit bis spätestens  
60 2024 möglich. Vor diesem Hintergrund erhalten die beschleunigte Umstellung  
61 auf erneuerbare Energien sowie Maßnahmen zur Energieeffizienz und  
62 Energieeinsparung eine zentrale sicherheitspolitische Bedeutung;
- 63 • befürworten und unterstützen die Fortsetzung und wo möglich Beschleunigung  
64 der Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine und dabei auch die  
65 Erweiterung der Lieferung auf schwere Waffen und komplexe Systeme etwa im  
66 Rahmen des „Ringtausch“ mit Partnerländern, damit die Menschen in der  
67 Ukraine ihr Recht auf Selbstverteidigung ausüben können. Eine stetige  
68 Prüfung, ob weitere Waffen abgegeben werden können, wird genauso  
69 befürwortet wie das aktive Zugehen auf andere Länder, um ihnen einen  
70 „Ringtausch“ anzubieten. Wichtig ist dabei die Stärkung der  
71 Verteidigungsfähigkeit der Ukraine auch über die nächsten Monate hinaus.  
72 Auch die kurz-, mittel- und langfristige Ausbildung in Deutschland oder  
73 auf NATO-Gebiet muss in Abstimmung und Kooperation mit unseren Partnern  
74 von der Bundesregierung unterstützt werden;
- 75 • stehen dafür, dass parallel und unabhängig von diesen Maßnahmen alle  
76 diplomatischen Bemühungen unternommen werden, um eine Waffenruhe zu  
77 erreichen und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen  
78 ihre territoriale Integrität zu beenden. Dabei muss klar sein, dass es  
79 keine Verhandlungen über die Köpfe der Ukrainer\*innen hinweg geben darf.  
80 Daher unterstützen wir gerade die Bemühungen der ukrainischen Regierung,  
81 in direkten Verhandlungen mit der russischen Führung einen

82 Waffenstillstand zu erzielen. Gleichzeitig sind wir uns jedoch bewusst,  
83 dass Wladimir Putin sich in der Vergangenheit nicht an Zusagen gehalten  
84 hat. Deshalb zählen Taten, nicht Worte;

- 85 • stehen für das Recht der Ukraine als demokratischer und souveräner Staat  
86 auf freie Bündniswahl. Ob die Ukraine den Antrag auf eine NATO- oder EU-  
87 Mitgliedschaft stellt, entscheiden die Menschen in der Ukraine, nicht  
88 Moskau, Berlin, Brüssel oder Washington. Wir unterstützen aktiv die EU-  
89 Beitrittsperspektive der Ukraine als wichtiges politisches Signal. Die  
90 Ukraine gehört ohne Wenn und Aber zu Europa;
- 91 • setzen uns mit Nachdruck für eine umfassende Dokumentation, unabhängige  
92 Untersuchung und Verfolgung der Kriegsverbrechen in der Ukraine ein. Dazu  
93 muss den zuständigen UN-Organisationen, insbesondere dem UN-  
94 Hochkommissariat für Menschenrechte, dem Internationalen Strafgerichtshof,  
95 den europäischen Justizbehörden und weiteren relevanten nationalen und  
96 internationalen Institutionen jegliche Unterstützung gewährt werden.  
97 Diejenigen, die in der Ukraine Kriegsverbrechen begangen haben, müssen  
98 wissen, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden. Die grausamen Massaker  
99 von Butcha, Borodjanka, Mariupol und vieler anderer Orte der Ukraine sowie  
100 der Einsatz sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe und weiterer Verbrechen  
101 gegen die Menschlichkeit dürfen nicht ungestraft bleiben;
- 102 • unterstützen Bemühungen für die Untersuchung des Zustands und die  
103 Absicherung der ukrainischen Atomkraftwerke, um die Folgen der russischen  
104 Besatzung zu beseitigen und Vorkehrungen gegen weitere Angriffe zu  
105 verstärken. Auch bei verstärktem Schutz gibt es jedoch keine hinreichende  
106 Sicherheit gegenüber unmittelbaren und mittelbaren (externe  
107 Stromversorgung, fehlender Diesel für Notstromaggregate) Kriegsfolgen.  
108 Deshalb muss sich Deutschland für eine weltweite Ausstiegsstrategie  
109 einsetzen;
- 110 • begrüßen die bisherigen Entscheidungen der Bundesregierung zur  
111 Unterstützung für die ukrainische Kultur. Denn mit dem russischen  
112 Angriffskrieg soll auch die Kultur und kulturelle Identität der Ukraine  
113 vernichtet werden. Deshalb ist es richtig, die ukrainischen Kulturstätten  
114 vor der russischen Zerstörungswut zu bewahren. Wichtig ist auch, die  
115 unabhängige Berichterstattung über das grausame Vorgehen der russischen  
116 Truppen in der Ukraine weiter abzusichern, indem wir geflüchtete  
117 Journalist\*innen bei der Fortsetzung ihrer Arbeit im deutschen Exil  
118 unterstützen;
- 119 • rufen dazu auf, schon jetzt einen Plan für den nachhaltigen Wiederaufbau  
120 der Ukraine aufzulegen, um die katastrophalen Schäden für die Menschen und  
121 die Umwelt durch die russische Invasion zu beheben. Wir wollen  
122 rechtsstaatliche Möglichkeiten ausloten, eingefrorene Vermögenswerte des  
123 russischen Staates dafür zu nutzen;
- 124 • setzen uns dafür ein, dass Bundesregierung, EU, G7 und Weltgemeinschaft  
125 die notwendige humanitäre Unterstützung leisten, um die Not und das  
126 unsägliche Leid der Ukrainer\*innen und der dort lebenden Menschen infolge  
127 des russischen Überfalls zu lindern. Dazu zählen Hilfsgüterlieferungen,  
128 aber auch andere Hilfs- und Schutzmaßnahmen durch die Vereinten Nationen  
129 und ihre humanitären Partnerorganisationen in der Ukraine, insbesondere,

- 130 um die Grundversorgung in den Bereichen Nahrungsmittel, Gesundheit, Wasser  
131 und Elektrizität sicherzustellen. Dies gilt sowohl für die über sieben  
132 Millionen Binnenvertriebenen als auch für die Bewohner\*innen der von  
133 russischen Streitkräften belagerten Ortschaften;
- 134 • setzen uns dafür ein, dass aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten  
135 weiterhin auf nationaler, aber auch auf europäischer Ebene Instrumente  
136 entwickelt werden, die den wirtschaftlichen Zusammenhalt stärken und zu  
137 sozialen Entlastungen für die Bürger\*innen führen;
  - 138 • setzen uns gemeinsam mit unseren Partnern dafür ein, die sich durch den  
139 Krieg verschärfenden Herausforderungen der Welternährung anzugehen, indem  
140 vor allem die Organisationen im Kampf gegen den Hunger mit ausreichend  
141 finanziellen Mitteln ausgestattet werden, die spekulativen Anstiege am  
142 Getreidemarkt durch das Offenhalten der Märkte möglichst niedrig gehalten  
143 und die Länder des globalen Südens besser dabei unterstützt werden,  
144 nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben. Den Versuchen, diese angespannte  
145 Situation für eigene Interessen oder gar das Zurückdrängen von für den  
146 Arten- und Klimaschutz essentiellen Maßnahmen zu nutzen, stellen wir uns  
147 klar entgegen;
  - 148 • stehen den Millionen aus der Ukraine in die Nachbarländer geflüchteten  
149 Menschen in dieser für sie so traumatisierenden Situation bei. Dabei  
150 begrüßen wir die große Solidarität der europäischen Nachbarstaaten der  
151 Ukraine. Sie müssen von Deutschland und der EU jede notwendige  
152 Unterstützung erhalten, um mit dieser enormen Herausforderung zurecht zu  
153 kommen;
  - 154 • sehen eine besondere Verantwortung für die hochbetagten Überlebenden der  
155 Shoa in der Ukraine. Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, sie in  
156 Sicherheit zu bringen;
  - 157 • begrüßen, dass Geflüchtete aus der Ukraine in der EU kein Asylverfahren  
158 durchlaufen müssen und bis zu drei Jahre Schutz erhalten. Ebenso begrüßen  
159 wir es, dass sie bei uns arbeiten können, krankenversichert sind und dass  
160 den Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine das deutsche Schulsystem  
161 sowie die Hochschulen offen stehen. Es sind vor allem Frauen mit Kindern  
162 und alte Menschen, die hier Schutz suchen. Nächste Schritte müssen nun  
163 sein, die Kinderbetreuung während Sprach- und Integrationskursen  
164 sicherzustellen, die psychosoziale Hilfe rasch auszubauen und das  
165 Fußfassen von Frauen im Arbeitsmarkt zu unterstützen. Es ist gut, dass der  
166 Bund den Ländern bei der Finanzierung zur Seite steht;
  - 167 • erkennen an, dass aus der Ukraine flüchtende Menschen mit Behinderung,  
168 LGBTIQ\*, People of Color oder Rom\*nja ein Recht auf diskriminierungsfreien  
169 Zugang zu Schutz haben. Wir verurteilen Gewalt- und Diskriminierungen  
170 gegen sie und setzen uns für ihren Schutz ein. Wir begrüßen, dass  
171 Strukturen für unbegleitet geflohene Minderjährigen und solchen, die aus  
172 ukrainischen Waisenhäusern und Kinderheimen kommen, geschaffen wurden, die  
173 eine gute, vor allem aber gemeinsame Unterbringung gewährleisten;
  - 174 • setzen uns dafür ein, dass auch Drittstaatsangehörige, die aus der Ukraine  
175 fliehen mussten, eine Perspektive für einen sicheren, langfristigen

- 176 Aufenthalt bei uns erhalten. So wollen wir zum Beispiel für Studierende  
177 das Hamburger Modell auch im Bund umsetzen;
- 178 • setzen uns für den besonderen Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und  
179 Menschenhandel ein. Opfern von Repression, Folter und sexualisierter  
180 Gewalt ist schnell und umfassend medizinische und psychologische Hilfe zu  
181 gewähren;
  - 182 • setzen uns dafür ein, dass auch politisch Verfolgte und Regimegegner\*innen  
183 aus Russland und Belarus wie etwa Menschenrechtsaktivist\*innen,  
184 Deserteure, Oppositionelle, Journalist\*innen, Künstler\*innen oder LGBTQ\*-  
185 Personen zügig und unkompliziert Unterstützung sowie eine Einreise und  
186 Visa in der EU und in Deutschland erhalten;
  - 187 • bedanken uns bei den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen und  
188 den vielen ehrenamtlichen Helfer\*innen, die bei der Aufnahme der Menschen  
189 Großes leisten, die Hilfsgüter transportieren oder selbst Menschen auf der  
190 Flucht unterstützen. Sie erhalten unsere volle Unterstützung und sollen  
191 mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden. Ohne sie und die vielen  
192 staatlichen Akteur\*innen in Behörden und Bildungseinrichtungen, die  
193 unbürokratisch unterstützen, wäre die gesellschaftliche Herausforderung  
194 der Flucht nicht zu meistern. Wir begrüßen außerdem die unkomplizierte wie  
195 großzügige Unterstützung der deutschen (Lebensmittel-)Wirtschaft mit  
196 Hilfsgütern;
  - 197 • befürworten eine gute Ausstattung der Bundeswehr zur Stärkung der Bündnis-  
198 und Verteidigungsfähigkeit. Wladimir Putin hat mit brutaler militärischer  
199 Gewalt unmittelbar an den Grenzen der Europäischen Union internationales  
200 Recht nicht nur gebrochen, sondern ganz offen und bewusst mit Füßen  
201 getreten. Dies und die bitteren Erfahrungen mit Putins  
202 völkerrechtswidriger militärischer Gewaltanwendung in der Ukraine, Syrien,  
203 Tschetschenien, Georgien, Moldau und an vielen anderen Orten, aber auch  
204 die Mordanschläge von Salisbury oder im Berliner Tiergarten zeigen uns  
205 eindringlich, welche Gefahr von Putin auch in Zukunft ausgehen wird;
  - 206 • wollen zukünftig weit mehr in unsere Sicherheit investieren und unsere  
207 Demokratie und Freiheit schützen. Dabei geht es uns um einen umfassenden  
208 Sicherheitsbegriff, der militärische Sicherheit beinhaltet, aber bei  
209 weitem nicht allein. Zu einem modernen Sicherheitsverständnis im 21.  
210 Jahrhundert gehören Krisenfrüherkennung, zivile Krisenprävention und -  
211 bearbeitung, Cyber-Sicherheit, Schutz kritischer Infrastruktur und  
212 Resilienz unserer demokratischen Öffentlichkeit vor systematischen  
213 Versuchen von Desinformation genauso wie Energiesicherheit und  
214 Klimaschutz;
  - 215 • unterstützen das 100-Milliarden-Sondervermögen zur Stärkung der Bündnis-  
216 und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Dazu gehört für uns eine zügige  
217 Evaluation und Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr, eine  
218 Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit, auch bei Beschaffung und  
219 Rüstungskooperationen, Cybersicherheit, Ertüchtigung von Partnern, eine  
220 klare und nachvollziehbare Projekt-Unterlegung und eine bedarfsgerechte  
221 Ermittlung notwendiger Militärausgaben;

- 222 • lehnen eine Verankerung der von Vorgängerregierungen zugesagten NATO-Quote  
223 von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben im  
224 Grundgesetz ab. Fixe Quoten abseits des Bedarfs der Bundeswehr, bei  
225 fehlenden effizienten Beschaffungsstrukturen und einem Zu-wenig an  
226 europäischer Zusammenarbeit bedeuten eben genau nicht mehr Sicherheit;
- 227 • stellen das im Völkerrecht verankerte Konzept der „menschlichen  
228 Sicherheit“ insgesamt ins Zentrum, also eine gut finanzierte humanitäre  
229 Hilfe, eine substanzielle zivile Krisenprävention und -bearbeitung,  
230 Sicherheit vor Gewalt, vor Bedrohungen wie Armut, Hunger oder den Folgen  
231 der Klimakrise sowie partner-orientierte Entwicklungszusammenarbeit und  
232 eine feministische Außenpolitik. Die Umsetzung der Ziele für Nachhaltige  
233 Entwicklung (SDGs) und des Pariser Klimaabkommens sind dafür zentral.  
234 Daher wollen wir zukünftig auch erheblich mehr in diese über das rein  
235 Militärische hinausgehende Sicherheit investieren und setzen uns für die  
236 Erhöhung der Mittel in Regierung und Parlament ein;
- 237 • setzen uns für Abrüstung und insbesondere für eine Welt ohne Atomwaffen  
238 ein, wie wir es im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben. Die notwendige  
239 Wehrhaftigkeit unserer Demokratien darf eine effektive Friedensarbeit  
240 nicht versperren.

241 Diesen Weg der Solidarität mit den Menschen in und aus der Ukraine müssen wir  
242 gemeinsam mit unseren europäischen, transatlantischen und weiteren  
243 demokratischen Partnern weltweit weiter gehen. Dies gebietet die Menschlichkeit,  
244 aber es sind auch die gewaltigen Opfer, die die mutigen Ukrainer\*innen nicht nur  
245 für ihr eigenes Land, sondern für das Fortbestehen unserer Freiheit und  
246 Demokratie in der Europäischen Union erbringen, die uns hierzu verpflichten.